

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent. lebensnah. vor Ort.



...newsletter



Liebe Genossin, lieber Genosse,

das Sparpaket der Bundesregierung sorgt für Protest und Unverständnis. Die soziale Unausgewogenheit des Pakets ist offensichtlich. Angela Merkel wollte, dass das Paket die Handschrift der schwarz-gelben Koalition sichtbar macht. Das macht es in der Tat: Durch Belastung der sozial Schwachen und Familien und durch Verschonung der Krisenverursacher und Krisengewinner! Arbeitslose und Familien müssen für die Klientelpolitik der Regierung zahlen! Zunehmend wehrt sich die Bevölkerung gegen diese Ungerechtigkeiten - und meine aktive ablehnende Haltung ist sicher.

In der Gesetzlichen Krankenkasse eine Kopfprämie von 30 Euro einführen zu wollen und keine Steuermittel für einen Sozialausgleich zur Verfügung zu stellen, waren Pläne aus dem Hause des Gesundheitsministers Rösler. Ohne Konzept für eine solide Gesundheitspolitik, bloße Streitereien auf Regierungsseite - all das gefährdet unser Gesundheitswesen.

Am 8. Juni hat sich Joachim Gauck, der gemeinsame Kandidat von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für das Bundespräsidentenamt, in der SPD-Bundestagsfraktion vorgestellt. Der frühere DDR-Bürgerrechtler steht als parteiloser Kandidat dem stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Christian Wulff gegenüber. Unions- und FDP-Spitze machen aus dem Amt des Bundespräsidenten ein unbotmäßiges Parteiengeschacher. Es bleibt abzuwarten, ob diese Rechnung am 30. Juni aufgeht.

Gauck hat bewiesen, dass er grundsätzliche Debatten prägen und unserer Gesellschaft Orientierung geben kann. Seine Kandidatur ist keine *gegen* jemanden, sondern eine Kandidatur *für* eine bestimmte Vorstellung vom Amt als Bundespräsident. Er steht für die vielen engagierten Menschen in unserem Land, die unsere Demokratie mit Leben füllen. Ebenso wie schon Gesine Schwan steht er für Freiheit und für bürgerschaftliches Engagement in der Demokratie.

Was die vergangene Sitzungswoche sonst noch gebracht hat, lest Ihr im Folgenden.

Eure

Mechthild

Berlin, 14.06.2010

Inhalt

■ Finanzen-Haushaltspolitik

Sparpaket der Bundesregierung: Ohne soziale Balance 2

■ Außenpolitik

Vier Auslandseinsätze verlängert 4

■ Bildungspolitik

Nationalen Bildungspakt schaffen 5

Frühkindliche Betreuung und Bildung verbessern 6

■ Umweltpolitik

Laufzeitverlängerungen 6

Schutz für unsere Meere 7

Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln 7

■ Pressemitteilungen

Planspiel Jugend und Parlament 8

Normal ist anders! 8

■ Termine 9



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Finanzen-Haushaltspolitik

Sparpaket der Bundesregierung: Ohne soziale Balance

Unsere Position: Konsolidieren mit Kompass

Die schwarz-gelbe Koalition hat am 7. Juni ein Papier mit zahlreichen Ankündigungen für Sparmaßnahmen vorgestellt. Was Merkel und Westerwelle nach wochenlangem Streit produziert haben, wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Schwarz-Gelb zeigt kein Krisenbewusstsein und leitet keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Es fehlen weiterhin eine Wachstumsstrategie für unser Land und der Mut, Deutschland gerechter zu gestalten.



Union und FDP fallen beim Thema Sparen als erstes Arbeitslose und Familien ein. Die sollen jetzt für die schwarz-gelbe Klientelpolitik zahlen. Die Koalitionäre haben sich dabei selbst als besonders mutig gelobt. Dieses Pfeifen im Walde sollte immer misstrauisch machen. Denn nichts von dem, was angekündigt wurde, ist bisher politisch durchgesetzt. Zudem bleiben überall offene Fragen, wie die in Tabellen zusammenaddierten Milliarden-Summen tatsächlich erbracht werden sollen.

Angesichts dieser beschämenden Orientierungslosigkeit und Ungerechtigkeit kämpft die SPD für eine neue soziale Ordnung. Wir wollen einen neuen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien für die oberen Zehntausend. Ein sozialer Ausgleich, der auch SpitzenverdienerInnen und Vermögende steuerlich angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt. Ein Pakt des Zusammenhalts, der vor allem die Finanzindustrie, das Kapital als Verursacher der Krise nicht aus der Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft entlässt.

Mutlos und voller Luftbuchungen

Die Vorschläge sind schwammig und vage gerade dort, wo wirtschaftlich Starke und Gewinner der Krise herangezogen werden sollen. Beispiel „Beteiligung“ der Banken: Die konkret genannte Bankenabgabe ist eine Sonderabgabe für einen Branchenfonds, die nichts zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt. Die darüber hinaus versprochenen „weiteren Maßnahmen“ bleiben unbestimmt und es ist schleierhaft, woher die angekündigten 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen ab 2012 kommen sollen. Eine klassische Luftbuchung. Wo und wie mehr Energiesteuern eingenommen werden sollen, welche Industrien belastet und welche verschont werden, was es bringen soll, der Bahn jährlich 500 Millionen Euro zu entziehen, bleibt ein schwarz-gelbes Geheimnis.

Das Ergebnis der Regierungsklausur am 6./7. Juni im Bundeskanzleramt ist äußerst dürrig und sozial höchst unausgewogen:

- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie die notwendigen Verbesserungen im deutschen Bildungswesen finanziert werden.
- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie der Bundesbeitrag zur Rettung der deutschen Kommunen auch und gerade in der kurzen Frist aussieht.
- An keiner Stelle werden Reichen und Wohlhabenden Konsolidierungsbeiträge abverlangt. Das Konsolidierungspaket der Regierung tut nichts für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Krise.
- Das Paket ist in seinem Volumen künstlich hochgerechnet: Luftbuchungen und Hoffnungswerte gehen vor allem in den Jahren 2013 und 2014 in die Milliarden.

Das heißt: Das vorgelegte Paket wird nicht reichen, die Konsolidierungsvorgaben des Grundgesetzes („Schuldenbremse“) einzuhalten. Weitere Sparpakete werden folgen müssen.

Schwache gegen Starke und stark gegen Schwache

Die Koalition ist zaghaft und zögernd bei der Finanzbranche, aber rücksichtslos behandelt sie SGB-II-EmpfängerInnen. Schwarz-Gelb ist schwach bei den Starken und stark nur gegen die Schwachen. Kapital wird geschont, Arbeit und ArbeitnehmerInnen werden belastet. Arbeitslose und Familien sind die wahren Verlierer. Angela Merkel verschärft die Ungerechtigkeit der Lastenverteilung und spitzt die Vertrauenskrise in die Demokratie zu, wenn sie den Arbeitslosen die Rentenversicherung, das Elterngeld und den Heizkostenzuschuss streicht. Sie handelt kurzsichtig, wenn sie 1,8 Milliarden Euro auf Kosten der Gesetzlichen Rentenversicherung streicht. Sie agiert konzeptlos, wenn sie der Arbeitsmarktpolitik in den

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

kommenden Jahren 16 Milliarden Euro entzieht. Es droht der Zusammenbruch von Aktivierung und Förderung, die zu großen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben.

Vage, ungerecht und ohne Konzept

Um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, kündigt die Regierungsspitze eine Reihe von Maßnahmen an, für die es bisher noch überhaupt keine fachliche Fundierung gibt:

- Zu der angekündigten „Luftverkehrsabgabe“ gibt es noch überhaupt keine Konzeption. Bisher hat das Thema lediglich zu Streit zwischen den beteiligten Ministerien geführt.
- Völlig unklar ist, worin die angekündigte „Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise“ liegen soll. Eine Finanztransaktionssteuer wird in der Koalition immer noch abgelehnt. Jegliche Finanzmarktbesteuerung wird an einen übernationalen Konsens geknüpft. Was also bleibt mit einer gewissen Eintrittswahrscheinlichkeit für den Bundeshaushalt?
- Es gibt noch überhaupt kein Konzept zur angekündigten Belastung der Kernenergiewirtschaft. Bisher zumindest war es äußerst schwierig, die großen Energieversorger zu irgendeinem finanziellen Entgegenkommen zu bewegen. Bisher haben die Koalitionsabgeordneten aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern vehement Belastungen „ihrer“ Atomwirtschaft bekämpft.
- Ganz offen wird von der Koalition zugegeben, dass das Element „Streitkräftereform“ des Konsolidierungskonzepts noch nicht einmal in Grundzügen feststeht. Aber trotzdem werden Einsparbeträge in Milliardenhöhe einkalkuliert.
- Und wie kommen die Milliardeneinsparungen bei den „Effizienzverbesserungen, bei der Arbeitsmarktvermittlung, bei SGB II“ zustande? Auch das ist zunächst einmal eine völlig unbegründete „Hausnummer“ und reines Wunschdenken.

Während die Einschnitte in die Arbeitsmarktpolitik, in die ALG II-Struktur und in das Eltern- und Wohngeld sehr konkret und schnell umsetzbar sind, liegt insbesondere über den behaupteten „beträchtlichen“ Belastungen für die Unternehmen ein großer Nebel der Ungewissheit und der Unklarheit. Außerdem zeigt beispielsweise die Streichung des Zuschusses bei der Rentenversicherung für SGB-II-Empfänger, wie blind Schwarz-Gelb gegenüber den Problemen von morgen ist. Die Abschaffung der Rente nach Mindestentgeldpunkten befeuert die Altersarmut von morgen. NiedrigverdienerInnen von heute werden zu Grundsicherungsempfängern von morgen. Damit werden Lasten nur in die Zukunft verschoben.

Unsere Position: Konsolidieren mit Kompass

Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen müssen und können seriös finanziert werden. Erste Schritte nach unseren Vorstellungen dazu sind:

- Klientelgeschenke ohne Wachstumswirkung zurücknehmen. Die von Schwarz-Gelb im sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ an Hoteliers, Firmenerben und gewinnverlagernde Konzerne beschlossenen Steuerprivilegien sind zurückzunehmen. Dies ist die Gretchenfrage der haushaltspolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Einnahmeverbesserungen von 5,6 Milliarden Euro (für den Bund 1,8 Milliarden Euro).
- Abbau umweltschädlicher Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft. Besteuerung von Brennelementen mit Einnahmeverbesserungen von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich. Übertragung der Kosten für die Sanierung der Atomülllager Asse und Morsleben auf die Urheber der eingelagerten Mengen mit Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro.
- Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Die Einführung des Mindestlohns dämmt Lohndumping auf Kosten der SteuerzahlerInnen ein. So kann man Subventionen abbauen, den Sozialstaat vor Missbrauch schützen und die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen erhöhen. Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro bei den Leistungen für so genannte „AufstockerInnen“, also Menschen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung beziehen müssen. (Auskunft BMAS vom Oktober 2008 bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro). Einnahmeverbesserungen von mindestens 4 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen und eine Steigerung der ArbeitnehmerInnenentgelte (laut Studie des IAT von 2006 für einen Mindestlohn von 7,50 Euro).
- Zur Bewältigung der Krisenlasten in den öffentlichen Haushalten müssen die verantwortlichen Akteure auf den Finanzmärkten ihren Beitrag leisten: Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest auf europäischer Ebene. Einnahmeverbesserungen von rund 12 Milliarden Euro.
- Stärkere Beteiligung großer Einkommen und Vermögen. Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und stärkere steuerliche Beteiligung großer Vermögen. Einnahmeverbesserungen je nach Ausgestaltung von mindestens 5-10 Milliarden Euro jährlich, von denen der Anteil der Vermögensbesteuerung allein den Ländern zugute käme.



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

Für eine neue Ordnungspolitik

Um den Weg zu einer dauerhaft tragfähigen Konsolidierung zu gehen, muss das enge ideologische Korsett einer überholten Wirtschaftstheorie abgelegt werden. Einseitige Einschnitte in die öffentlichen Haushalte zu Lasten schwächerer Gruppen in der Gesellschaft und drastische Kürzungen mit schockartigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung führen nicht zum Ziel. Aber auch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme sind kein dauerhaft wirksames Mittel. Eine umfassende Konsolidierungsstrategie in Zeiten einer dramatischen Finanz- und Vertrauenskrise muss drei Dimensionen zusammenführen:

1. **Ein neuer Lastenausgleich:** Steuerliche Privilegierung einzelner Gruppen oder Einkommensarten, bestimmter Unternehmen, Erben, Hoteliers, Begünstigung von oberen Einkommensgruppen, Subventionen mit ökologisch, ökonomisch und sozial zweifelhaften Wirkungen, die Haftungsfreistellung von unternehmerischen Entscheidungen zu Lasten des Staates, die Sanierung von Banken und Kapitalmarktakteuren auf Kosten der SteuerzahlerInnen – all dies zerstört nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern auch das Vertrauen in die Gerechtigkeit der Lastenverteilung. Gerade jetzt brauchen wir einen neuen Lastenausgleich, der untere Einkommensgruppen entlastet, Wohlhabende und Vermögende aber stärker für das Gemeinwohl in die Pflicht nimmt; der die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen zurückführt und Kapitalmarktakteure an den Kosten der Krise und der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt. Niemand darf jetzt aus der Verantwortung entlassen werden.
2. **Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand:** Damit der Staat trotz Rückführung der Verschuldung handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung beides umfassen: Ausgaben zurückführen und Einnahmen verbessern. Einsparungen sind mit Vorrang bei Klientelgeschenken, Privilegien und Subventionen zu realisieren. Einnahmeverbesserungen sind mit Vorrang dort zu realisieren, wo heute noch große Gewinne und Einkommen mit geringen Steuerbelastungen einhergehen.
3. **Zukunftsinvestitionen und neues Wachstum:** Haushaltspolitik muss eine Wachstumsstrategie beinhalten. Dazu gehören ein Impulsprogramm für unternehmerische Investitionen, die Steigerung der Ausgaben für Bildung und Forschung, die finanzielle Stabilisierung der Kommunen für ihre Aufgaben bei Infrastrukturmodernisierung und öffentlichen Dienstleistungen. Der Binnenmarkt in Deutschland muss vom Bremsklotz zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Europa werden. Das geht nur mit einer höheren Beschäftigungsquote, mit besseren Löhnen und Einkommen für die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir wissen, zum Teil auch aus der leidvollen Erfahrung der Vergangenheit, dass eine in zu engem Korsett gefangene Sparpolitik, die es nicht vermag, gleichzeitig das zur Verbesserung der Defizit- und Schuldenstandsquote nötige Wachstum zu sichern, kaum von Erfolg gekrönt sein wird. Wir fordern deshalb trotz des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs einen Rettungsschirm für die Kommunen, um deren Investitionskraft auch nach dem Auslaufen des Konjunkturpakets II zu stabilisieren. Und wir fordern eine deutliche Anhebung der Bildungsausgaben als notwendiges Fundament zukünftigen Wachstums in Deutschland.

■ Aussenpolitik

Vier Auslandseinsätze verlängert

In dieser Woche haben wir über vier Mandate zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr abgestimmt:

- Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999
- Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1832 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 27. August 2008
- Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

- Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen.

■ Bildungspolitik

Nationalen Bildungspakt schaffen

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu. Priorität für Bildung ist ein Zeichen unserer Zukunftsfähigkeit. Wir haben dazu einen Antrag (Drs. 17/1957) eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, sich für die Einhaltung der hohen politischen Priorität für Bildung und Forschung als zentrale Zukunftsfelder sowie der nachhaltigen Verbesserung der Bildungsinfrastrukturen im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes einzusetzen.



Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, Bildung und Forschung oberste Priorität zu geben. Noch auf Initiative der Großen Koalition hat 2008 der erste Bildungsgipfel stattgefunden und das Versprechen gegeben, die Bildungs- und Forschungsausgaben deutlich auszuweiten. Spätestens 2015 sollen mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufgewendet werden. Auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 wurde der zusätzliche Mehrbedarf für Forschung auf rund 17 Milliarden Euro, allein für die Bildung auf mindestens 13 Milliarden Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für die Bildung mindestens 40 Prozent oder 5,2 Milliarden Euro der prognostizierten Lücke zu tragen.

Der dritte Bildungsgipfel, der am 10. Juni stattgefunden hat, kann als gescheitert betrachtet werden. Das vor zwei Jahren gegebene Versprechen, bis 2015 mindestens gesamtstaatlich zehn Prozent für Bildung und Forschung aufwenden zu wollen, wartet weiter auf seine Einlösung. Bundeskanzlerin Merkel und Bildungsministerin Schavan haben den Prozess zielsicher in eine Sackgasse geführt und wollen den Schwarzen Peter jetzt den Ländern zuschieben. Dabei war es diese Koalition, die mit ihrer Steuerpolitik die Finanzkraft der Länder ausgehöhlt hat. Und es ist diese Koalition, die das Zehn-Prozent-Ziel faktisch bis 2014 aussetzt. Denn ohne finanziell handlungsfähige Länder und Kommunen sind die Bildungsziele nicht zu erreichen. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, deutlich höhere Anteile zur Schließung der Finanzierungslücke bis 2015 zu übernehmen.

Kein Bürger und keine Bürgerin kann nachvollziehen, dass nach zwei Jahren, zwei Gipfeln und einem Wasserfall von Absichtserklärungen der Bundesbildungsministerin nun am Ende keine Fortschritte erzielt werden konnten. Die Forderung von Bundeskanzlerin Merkel, erst Ende 2014 über das Zehn-Prozent-Ziel Bilanz ziehen zu wollen, grenzt an eine Groteske. Damit gibt die CDU/CSU das Zehn-Prozent-Ziel faktisch auf. Was soll bis dahin passieren? Wo bleibt die versprochene Kraftanstrengung, wo die Verlässlichkeit, wo die Planungssicherheit für die Verantwortlichen, Beschäftigten und Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Deutschland?

Die Koalition kann nach dem Gipfelflop nicht mehr behaupten, keine Abstriche an der Bildungsfinanzierung zu machen. Es reicht nicht, 12 Milliarden des Bundes bis 2013 vor sich herzutragen, wenn zeitgleich Länder und Kommunen aus Finanznot sich aus der gemeinsamen Anstrengung zur Verbesserung des Bildungssystems verabschieden (müssen). Erst 2014 - also ein Jahr nach der geplanten Bundestagswahl - will sich diese Koalition an ihren Bildungsversprechungen messen lassen. Das ist enttäuschend.

Nationalen Bildungspakt auf den Weg bringen

Wir haben die Bundesregierung in unserem Antrag aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder einen nationalen Bildungspakt zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen auf den Weg bringen. Dieser muss sicher stellen: die gegenseitige Verpflichtung, bei den notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung die Aufwendungen für Bildung und Forschung nicht zu kürzen, sondern wie vereinbart zu steigern; verbindliche Vereinbarungen für den weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsschulangebote sowie für eine schrittweise Gebührenfreiheit von Anfang an und für eine gemeinsame Initiative zur Überwindung des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbotes im Grundgesetz. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich über die Entwicklung der vereinbarten Maßnahmen des nationalen Bildungspaktes zu berichten.

Frühkindliche Betreuung und Bildung verbessern

Kinder haben ein Recht auf angemessene Förderung, Bildung und Teilhabe. Angebote der frühkindlichen Bildung verbessern die Bildungschancen von Kindern, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie leisten auch einen erheblichen Anteil zur Integration und Inklusion (Gestaltung eines gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Ausgrenzung) von Kindern und zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut. Im Zusammenhang mit der Debatte zum Bildungspakt haben wir einen Antrag (Drs. 17/1973) eingebracht, der im Kern auf die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung abzielt.



In dem Antrag sind konkrete Forderungen enthalten:

- zur Finanzierung der Ausgaben für frühkindliche Bildung und insbesondere zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen,
- zum Verzicht auf die Einführung eines Betreuungsgeldes,
- zu einer Fachkräfte-Offensive für Erzieherinnen und Erzieher,
- zur Verbesserung der Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege (z.B. Betreuungsschlüssel, Sprachförderung),
- zur mittel- und langfristigen Umgestaltung von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren,
- zur Verbesserung der Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion von Kindern im frühkindlichen Bereich sowie
- zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

■ **Umweltpolitik**

Laufzeitverlängerung nicht mehr durchsetzbar

In Deutschland wird seit Ende 2009 zu wenig in die Energiezukunft investiert. Grund dafür sind die drohende Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die zum Beispiel Investitionen von Stadtwerken und neuen Wettbewerbern unrentabel machen würden. Aber auch die Betreiber von Atomkraftwerken setzen lieber auf den Weiterbetrieb ihrer abgeschriebenen Kraftwerke, als in neue Anlagen zur Energieerzeugung, in Energieeffizienz oder die Modernisierung der Energienetze zu investieren. Dem bisherigen Technologieführer Deutschland droht durch diese politisch motivierten Bremsen ein Verlust von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konkurrierenden Volkswirtschaften.

Energiekonzept neu justieren

Das Energiekonzept der Bundesregierung soll nach aktuellem Stand in verschiedenen Szenarien auch den Einfluss einer Laufzeitverlängerung von bis zu 28 Jahre abbilden. Die veränderten Mehrheiten im Bundesrat haben jedoch derartigen Rechenübungen die politische und die sachliche Grundlage entzogen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung in unserem Antrag „Laufzeitverlängerung nicht mehr durchsetzbar - Energiekonzept neu justieren - Energiepolitische Bremsen lösen“ (Drs. 17/1980) auf das geplante Energiekonzept entsprechend anzupassen und dabei insbesondere auf eine Berücksichtigung von längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verzichten. Dazu ist es erforderlich, den mit der Berechnung entsprechender Szenarien beauftragten wissenschaftlichen Institutionen neue Maßgaben zu übermitteln, um die politisch nicht mehr durchsetzbare Laufzeitverlängerung zu berücksichtigen.

Unsere Meere brauchen Schutz



Die Meere bedecken etwa 70 Prozent der Erdoberfläche und spielen eine wichtige Rolle für Mensch und Umwelt. Die Meere sind Ursprung allen Lebens, sie sind Regulator für das Klima unserer Erde, sie bergen gewaltige Energieressourcen und bieten neben wichtigen Nahrungsquellen auch den Lebensunterhalt für Millionen Menschen. Ihr Schutz ist deshalb besonders wichtig.

Mit unserem Antrag „Unsere Meere brauchen Schutz“ (Drs. 17/1960) fordern wir die Bundesregierung

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

auf, ihren Einfluss auf europäischer und globaler Ebene geltend zu machen und mehr Engagement für den Schutz unserer Meere einzufordern. Die Meeresumwelt ist ein kostbares Naturerbe, das für uns und unsere Nachkommen geschützt werden muss. Ziel ist es, biologisch vielfältige und dynamische Meeresökosysteme in einem sicheren, sauberen, gesunden und produktiven Zustand zu erhalten.

Die für die Meeresökosysteme derzeit wichtigsten globalen Probleme sind: Überfischung, Zerstörung von Lebensräumen durch schweres Fanggeschirr, Eintrag gefährlicher Stoffe, Überdüngung, Verschmutzungen durch Öl, das Einschleppen invasiver Arten sowie Effekte von Lärmquellen, die zum Beispiel Meeressäuger stören und schädigen können. In zunehmendem Maße wächst die Bedrohung der Meere durch den Klimawandel. Deutschland muss als wichtiger europäischer Staat und Küstenanrainer seinen Einfluss geltend machen und auf europäischer und globaler Ebene mehr Engagement für den Schutz unserer Meere einfordern und selbst dafür einstehen.

Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln

Für mehr Verbrauchertransparenz wollte sich Schwarz-Gelb laut Koalitionsvertrag einsetzen, aber die Antwort auf unsere Kleine Anfrage zur "Kennzeichnung des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen in der Lebensmittelproduktion" zeigt mehr offene Fragen als Antworten. So gibt es bisher keinerlei Überlegungen, wie Verbraucherinnen und Verbraucher bei der angekündigten "Prozesskennzeichnung" unterscheiden können zwischen solchen Lebensmitteln, zu deren Erzeugung gentechnisch veränderte Pflanzen eingesetzt wurden und solchen, die Zusatzstoffe, Aromen, Enzyme oder ähnliche enthalten, die mit Hilfe gentechnischer Verfahren hergestellt wurden. Wer wirklich Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher schaffen will, muss diese wichtigen Informationen aber verständlich und auf einen Blick erkennbar machen.

Dass es Schwarz-Gelb nicht wirklich um Transparenz geht sondern um Verwirrung, Verschleierung und Verbreitung der Grünen Gentechnik zeigt die Reaktionen auf die Saatgutverunreinigungsfälle:

Saatgut ist das erste Glied der Lebensmittelkette. Wer hier Verunreinigungen duldet oder gar legalisiert und für Lebensmittel eine undifferenzierte Prozesskennzeichnung fordert, der will mit einer Doppelstrategie die Grüne Gentechnik gegen den Willen der VerbraucherInnen durchsetzen: Zum Einen soll eine verwirrende Kennzeichnung die Nachfragemacht der VerbraucherInnen brechen und den Eindruck erzeugen, dass sie keine Wahl haben und zum Anderen kann eine stetig steigende Zahl von Verunreinigungsfällen dafür sorgen, dass es irgendwann tatsächlich keine Wahl mehr gibt.

Belastbare Berechnungen, wie viel Prozent der Lebensmittel gekennzeichnet werden müssten, wenn die mit Hilfe gentechnischer Verfahren hergestellten Zusatzstoffe, Vitamine, Aromen und Enzyme kennzeichnungspflichtig würden, sind der Bundesregierung nicht bekannt. Somit erweisen sich die aus interessierten Kreisen gestreuten und sich gegenseitig überbietenden Zahlen als reine Spekulation.

■ Pressemitteilungen

Planspiel Jugend und Parlament

Vom 5. bis 8. Juni 2010 fand das diesjährige dreitägige Planspiel „Jugend und Parlament“ statt. Hierzu laden wir, die Bundestagsabgeordneten, jedes Jahr ca. 312 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin ein und bieten ihnen die Möglichkeit für drei Tage die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages greifbar zu erfahren. „Jugend und Parlament“ findet immer an den Originalschauplätzen des Reichstagsgebäudes und des Paul-Löbe-Hauses statt.

Aus meinem Wahlkreis hat sich das Los für Frau Alina Jale Niemeyer aus der Berliner Sophie-Scholl-Schule entschieden. Ihr Lehrer vom Leistungskurs Politikwissenschaft hat sie schon bei der Empfehlung als sehr motiviert und engagiert beschrieben. Alina hat mich in meinem Bundestagsabgeordnetenbüro besucht, um mich persönlich kennenzulernen und um einen Einblick in die Arbeit meines Abgeordnetenbüros zu bekommen. Der Beschreibung ihres Lehrers stimme ich nach unserem Treffen voller Überzeugung zu.

Das Planspiel soll einen Beitrag leisten, die Arbeit des Bundestages für Jugendliche und junge Erwachsene nachvollziehbar zu machen. Deshalb lehnt es sich weitgehend an den tatsächlichen politischen Gegebenheiten an. Um den Spielcharakter zu verdeutlichen,



■ **Wahlkreis**
Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

werden jedoch nicht die realen Bezeichnungen der Fraktionen gewählt. Die „Abgeordneten“ von „Jugend und Parlament“ handeln beispielsweise nicht als Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion oder der SPD-Fraktion, sondern als Abgeordnete der „Konservativen Volkspartei“ oder der „Arbeiterpartei Deutschlands“.

Alina übernahm die Rolle einer fiktiven Abgeordneten. Mit neuem Namen, neuer Biographie und neuer politischer Gesinnung ausgestattet, musste sie Initiativ-Themen, u.a. totales Alkoholverbot für Jugendliche unter 18, direkte Demokratie ausweiten, Vollendung der Deutschen Einheit-Solidarpakt 2020 durchs parlamentarische Verfahren bringen. Dabei hat sie den Alltag der Abgeordneten erlebt: Sie war Mitglied der Konservativen Partei CUP mit dem Namen Malina Mai und Expertin für Wirtschaft und Verkehr.

Alina war sehr beeindruckt und sagte, sie wollte sich nun verstärkt politisch engagieren. Sie will sich für Umwelt-, Bildungs- und Familienpolitik einsetzen.

Ich wünsche ihr die Verwirklichung ihrer Träume und viel Glück und Erfolg im Leben und freue mich schon auf den glücklichen Teilnehmer oder die glückliche Teilnehmerin vom nächsten Jahr. Denn „Jugend und Parlament“ bietet wirklich ein einmaliges politisches Erlebnis.

Normal ist anders! Mein Engagement gegen Homophobie und für Toleranz

Ich habe versprochen, mich auch nach der Bundestagswahl 2009 für die Gleichbehandlung von Homosexuellen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) aktiv einzusetzen und weiterhin gegen Homophobie einzustehen. Ich halte Wort!

Ihnen als VertreterInnen der LesBiSchwulen, Trans- und Intersexuellen Community danke ich dafür, dass Sie unseren Bezirk Tempelhof-Schöneberg auf bemerkenswerte Art und Weise gestalten: Sie sind politisch, schauen hin, wenn Unrecht passiert und formulieren klar und deutlich, wo die Defizite in unserer Gesellschaft liegen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen mit Ihnen unermüdlich dafür, dass gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften in allen Belangen unter den uneingeschränkten Schutz der Verfassung gestellt werden. Denn Lebenspartnerschaften verdienen den gleichen Respekt und die gleiche rechtliche Anerkennung.

Die Absicht von Schwarz-Gelb, eingetragene LebenspartnerInnen z.B. bei der Erbschafts- und Grunderwerbsteuer gleichzustellen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei - wie ich finde - wesentlich wichtigeren Themen wie die Aufnahme der sexuellen Identität ins Grundgesetz, bei gleichen Rechten für Regenbogenfamilien, wie z.B. das Adoptionsrecht oder das Ehegattensplitting, keinerlei Verbesserungen zu erwarten sind.

Homophobie darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben! Die Würde des Menschen ist unantastbar. Kämpfen wir dafür, dass wir alle ohne Benachteiligung und Angst verschieden sein können. Kämpfen wir gemeinsam für Vielfalt und ein tolerantes Miteinander.

■ Termine, Einladungen von Mechthild Rawert

Inklusive Bildung in Berlin

wann: 28. Juni 2010, ab 18 Uhr

wo: Aula der Fläming-Grundschule, Illstraße 4-6, 12161 Berlin-Friedenau

Mit dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, der Prof. (i.R.) Dr. Jutta Schöler, Lehrstuhl für Schulpädagogik, TU Berlin

Bei der Veranstaltung soll in einer offenen Diskussion auch die Kompetenz und das Wissen der Betroffenen Eltern, LehrerInnen und BetreuerInnen gehört werden.

Anmeldungen bitte an: eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

oder Telefon: 720 13 884, Fax: 720 13 994

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

